

„Mose sagte: Fürchtet euch nicht! Bleibt stehen und schaut zu, wie der Herr euch heute rettet.“ (Ex. 14,13)

Sehr geehrter Herr Synodalpräsident,
hohe Synode,

es war kein Leben in Ägypten, es war ein Vegetieren in Ohnmacht und Sklaverei. Der Alltag durchzogen vom Sirren der Peitschenhiebe und den wuchtigen Hieben beim Steineschlagen. Immer wieder träumte einer von Freiheit. Dann klopfen ihm alle mitleidig auf die Schulter. Traum weiter. Wir sind Sklaven. Und werden es bleiben. Die Welt ist, wie sie ist. Und für uns ist sie ohne Zukunft. Finde dich damit ab. Taten sie auch. Bis einer kam, der nicht nur träumte. Sondern die Zukunft in die Hand nahm. Sein Name ist Mose.

Der Monatspruch für diesen Juni 2024 nimmt uns mit in eine der bekanntesten Geschichten des Alten Testaments. Der Auszug des Volkes Israel aus Ägypten, der Weg durch die Wüste, der Einzug ins gelobte Land. Mit unserem Wort bewegen wir uns noch am Anfang des Weges, haben die erste Etappe hinter uns, lagern am Meer. Und sehen, wie die Freiheit zu zerstreuen droht unter den Hufen der ägyptischen Schlachtrösser. Bald werden sie da sein. Viele werden sterben, die anderen zurückkehren. Zu Ketten und Peitschenhieben. Alles umsonst. Wären wir doch geblieben, wo wir waren.

In dieser Situation erhebt Mose die Stimme und sagt ebenjene Worte: „Fürchtet euch nicht! Bleibt stehen und schaut zu, wie der Herr euch heute rettet!“ Bleibt stehen. Rennt nicht kopflos weg und sucht euer Heil in sinnloser Flucht nach vorne. Bleibt stehen und bleibt standhaft. Glaubt an die Zukunft und den Gott, der sie euch verspricht. Er lässt euch nicht im Stich. Er wird euch retten. Aber dazu müsst ihr stehen bleiben. Manchmal nützt es, stehen zu bleiben.

Merkwürdiger Gedanke am Anfang eines Berichtes, in dem es um die großen Herausforderungen unserer Zeit gehen soll. Für uns als Kirche, für unsere Gesellschaft, für die ganze Welt. Eine Zeit, die niemals stehen bleibt, sondern immer hektischer ihren Fortgang nimmt. Hinter uns keine Ägypter, aber Krisen ohne Ende. Sie jagen uns durch die Jahre,

treiben uns vor sich her, nehmen immer mehr an Tempo auf. Und wir können doch gar nicht stehen bleiben, müssen immer weiter. Den Krisen eine Nasenlänge voraus sein. Oder doch zumindest mit der Zeit gehen. Laufen. Rennen. Bloß nicht stehen bleiben. Wer stehen bleibt, wird überholt, ist abgehängt, unten durch, raus aus dem Spiel des Lebens. Wer will das schon?

Und dennoch bleibe ich jetzt stehen. Wenigstens einen Bericht lang. Weil das seinen Sinn hat. Auch in unseren Wüstenwanderungen. Immer wieder innehalten. Hinsehen. Prüfen. Abwägen. Und dann die Richtung bestimmen. Die Nase in den Wind halten, der uns gerade zu Pfingsten beschäftigt hat. Und dann die nächste Etappe nehmen. So gut wie möglich. Vielleicht auf direktem Weg. Vielleicht auf Umwegen. Unter Umständen sogar mit Umkehr und Neuanfang. Alles drin. Aber nur, wenn man nicht blindlings rennt, sondern ab und an stehen bleibt. Und das tue ich jetzt. Und betrachte die Landschaft, in der wir uns bewegen. Was sehe ich?

1. Blick in die Welt – Krieg, Flucht, Antisemitismus, Friedenshoffnung

Ich sehe, dass die Horizonte grollen, dass der Glaube sich einspinnt. Diese Zeile stammt aus dem Gesangbuchlied Nummer 430 mit dem Titel „Gib Frieden, Herr, gib Frieden“. Seit dem 24. Februar 2022 herrscht in der Ukraine Krieg, auch nach zweieinhalb Jahren ist kein Ende in Sicht. Was es heißt, unter andauernder Bedrohung leben zu müssen, eine Front vor der Haustür zu haben, die Liebsten in Gefahr zu wissen, kann sich kaum jemand vorstellen, der das nicht erlebt. Einen aufrüttelnden Eindruck gibt die Oscar-prämierte Dokumentation „20 Tage von Mariupol“. Wer sich auf die Szenen einlässt, in der ein Vater seinen toten Sohn betrauert, der doch nur Fußball spielen wollte, oder verzweifelte Hilfskräfte mit schlechter Ausrüstung nicht wissen, wo sie zuerst Hand anlegen sollen, erfährt etwas über Krieg. Er kostet Menschenleben, bringt Not und Leid, nimmt Heimat und Zukunft. Und er ist nicht Schicksal, sondern menschengewollt und menschengemacht.

Es ist ein Angriffskrieg gegen ein freies und souveränes Land, um Machtsphäre zu erweitern, und damit ein klarer Bruch des Völkerrechts. Darin ist sich die Völkergemeinschaft mit den

bekanntem Abstrich einig. Gleichzeitig macht dieser Krieg klar, wie sehr unser Völkerrecht darauf angewiesen ist, dass es von allen getragen wird. Der Krieg, mit dem Russland die Ukraine überzieht, wirft grundsätzliche Fragen nach der Verlässlichkeit internationaler Vereinbarungen auf. „Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt,“ heißt es in Schillers „Wilhelm Tell“. Ganz sicher hatte der Dichterkönig nicht Wladimir Putin im Blick, aber seine Worte sind eine deutlich bessere Überschrift über die Kriegssituation in der Ukraine als die Worte „Heiliger Krieg“, mit der die russisch-orthodoxe Kirche in die Kriegsrhetorik miteinstimmt, sich staatlich instrumentalisieren lässt und Bemühungen des Ökumenischen Rates der Kirchen um einen Runden Tisch ausschlägt. All das mag weit weg klingen von der Pfalz. Aber das ist es nicht. Der „Leib Christi“ ist nicht zerteilbar, und die Auswirkungen dieses Krieges betreffen uns nicht nur mittelbar, sondern zielen mitten in das Herz unseres Glaubens und in den Alltag unserer Gemeinden. Fürchtet euch nicht! Leicht gesagt.

Mindestens 11.000 Tote und mindestens 21.000 Verletzte verzeichnet bisher das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) unter der ukrainischen Zivilbevölkerung. Millionen sind auf der Flucht, über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer suchen auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht. Viele davon wollen nicht bleiben, wollen in ihre Heimat zurück. Aber derzeit bilden sie die zweitgrößte Gruppe ausländischer Bevölkerung. Und sie brauchen Hilfe. Wie so viele andere auch, die in unserem Land gestrandet sind aus Angst um Leib und Leben, um Sicherheit und Zukunft.

Die, die zu uns kommen, bringen uns an unsere Grenzen. Zweifelsfrei. Aber nichts und niemand wird mich dazu bringen, nationalstaatliche Interessen vor Menschen und ihr Leben zu stellen. Natürlich braucht es Regeln und Organisation, Bewusstsein für Realitäten und ihre Grenzen. Aber zuallererst braucht es Orientierung an der Haltung, die uns unser Gott mit auf den Weg gibt. Eindeutig lese ich in den Geschichten des Alten und des Neuen Testaments von einer Haltung, die sich denen zuwendet, die in Not und Bedrängnis sind. Eindeutig gehören zu unserem biblischen Schatz Begriffe wie Gastfreundschaft, Nächstenliebe und Geschwisterlichkeit. Eindeutig bewegen wir uns im Fahrwasser eines Jesus Christus, wenn uns an all denen gelegen ist, die im hässlichen Getriebe der Welt unter die Räder geraten. Unterschiedlos. Keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse. Mag sein, dass uns Jacke

näher erscheint als Hose, Europa näher als der Rest der Welt. Aber vor Gott ist jeder einzelne, der an unsere Tür klopft, ein Menschenkind auf der Suche nach freundlicher Herberge.

Hier haben wir eine Aufgabe als Kirche, die ihre biblischen Wurzeln ernst nimmt. Und unsere Diakonie tut das. Sie tut es im bundesweiten Verbund der „Diakonie Katastrophenhilfe“, sie tut es durch ihr Beratungs- und Unterstützungsangebot, sie tut es in Kooperation mit Gemeinden und Einrichtungen und in Kooperation mit staatlichen Stellen. Für mich in hohem Maße eindrücklich war zu Beginn des Jahres ein Besuch in der „Aufnahmereinrichtung für Asylbegehrende“ (AfA) in Kusel. Ich ziehe den Hut vor all denen, die haupt- und ehrenamtlich mit gesundem Menschenverstand und großem Herzen Sorge dafür tragen, dass Männer, Frauen und Kinder in unserem Land einen Fuß auf den Boden bekommen, die sich all den Herausforderungen stellen und in jedem, aber auch jedem nicht zuallererst eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens, sondern eine Not und eine Chance sehen.

Die Menschen in der Ukraine sind in unserer Landeskirche schon lange im Blick durch gewachsene Partnerschaften, Freundschaften und Begegnungen im Rahmen der Aktion „Hoffnung für Osteuropa“, die durch Gemeinden wie Lachen-Speyerdorf und Kaiserslautern-Friedenskirche getragen und gelebt werden. Selbstverständlich tragen diese Kontakte auch in Krisenzeiten, selbstverständlich wird auch und gerade jetzt gefragt, was gebraucht wird. Zum Beispiel in Lachen-Speyerdorf:

Um 10 Uhr ging es am Samstag los. Mehr als sieben Stunden sichteten etwa 20 Helferinnen und Helfer unzählige Kartons und Säcke in der Lachen-Speyerdorfer Kulturhalle, der Alten Turnhalle, sortierten, packten um und luden die gesammelten Spenden für die Ukraine in einen LKW, der sich heute Morgen um 6 Uhr auf den Weg zur ungarisch-ukrainischen Grenze machte. Geladen wurden über 220 Kartons und Säcke mit Verbandsmaterial, Hygieneartikeln, Bettwäsche, Babynahrung, Kleidung und Schuhen sowie 17 Reise- bzw. Babybetten, die im Rahmen eines Spendenaufrufs gesammelt wurden. „Die Spendenbereitschaft hat uns überwältigt, wir sind sehr dankbar für die Hilfsbereitschaft und freuen uns, dies unseren Partnerinnen und Partnern in der Ukraine übergeben zu können“, erklärte Pfarrer Stephan Oberlinger. Es gab nicht nur Sach-, sondern auch viele Geldspenden, die die Arbeit der Partner

des Arbeitskreises Ukraine-Pfalz erleichtern sollen, da im Westen der Ukraine täglich tausende Binnenflüchtlinge ankommen und versorgt werden müssen.

Wenn Menschen in Not sind, ist praktische Hilfe gefragt. Ohne Zweifel. Und ich danke an dieser Stelle allen Haupt- und Ehrenamtlichen in unseren Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen, die im Rahmen ihrer Kräfte und Möglichkeiten Grundwerte christlichen Glaubens ernstnehmen: Gastfreundschaft, Nächstenliebe und Geschwisterlichkeit. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, sagt Jesus im Matthäusevangelium. In der Tat. Wir werden an unseren Worten gemessen, aber eben auch an den Taten, die Worten folgen. Und unter die Taten rechne ich auch die vielen Friedensgebete, die in unseren Gemeinden konsequent und unverdrossen gefeiert werden.

Gebete sind Worte, die zur Tat werden. Wo sich Menschen in solidarischer Gemeinschaft finden, um für andere Menschen zu beten, ist das gelebtes Christentum. Wenn ein Chor im Angesicht kriegsbedrohlicher Szenarien eine Aufführung der „Messe für den Frieden“ von Karl Jenkins in Pirmasens und Wissembourg auf die Bühne bringt, ist das Kirchenmusik und gleichzeitig ein friedenspolitisches Statement. Das etwas austrägt. Alles trägt etwas aus, das dem Frieden dient. Und alles, was dem Frieden dient, ist unsere Aufgabe als Kirche. Von der Fürbitte im kirchengemeindlichen Sonntagsgottesdienst bis zur EKD-Friedenswerkstatt, von lebenspraktischer Hilfe bis zur EKD-Denkschrift, von der Friedenserziehung in der lokalen Kindertagesstätte bis zur Positionierung auf politischem Parkett. Selbst wenn der Frieden an allen Ecken und Enden dieser Welt mit Füßen getreten wird, darf uns als Kirche nichts abbringen von der Idee eines Friedens, der wir folgen. Der Frieden hat viele Baustellen. Und wir gehören auf alle.

Eine, die uns gerade als Christen und Christinnen das Fürchten lehrt und das Herz zerreißt, ist die im Nahen Osten. Der 7. Oktober 2023 ist ein Datum, das sich ins kollektive Bewusstsein der Welt eingebrannt hat. Eben nicht nur für unsere jüdischen Geschwister. Sondern für uns alle, die wir etwas auf Frieden und Freiheit, auf Sicherheit und Leben geben. Noch immer sind über hundert Menschen als Geiseln in der Gewalt der Hamas, unzählige Familien trauern um ihre Angehörigen, um ihre Kinder, die doch nichts anderes wollten als in der Wüste tanzen. „Sie schossen auf uns wie auf Enten“, berichtet eine der Überlebenden und

lässt die Panik und Angst spüren, die aus einem fröhlichen Festival einen Totentanz machten. Nichts rechtfertigt das Ausmaß an Brutalität und Unrecht, mit dem sich fanatisierte Hamas-Terroristen zutiefst schuldig gemacht haben. Und natürlich gab und gibt es in dieser Situation keinen Zweifel daran, dass wir als christliche Kirche solidarisch mit unseren jüdischen Geschwistern in Israel und hier in Deutschland sind. Dies haben Sie als Synode in einem „Wort der Verbundenheit“ zum Ausdruck gebracht, das den jüdischen Menschen in unserer Region auch etwas bedeutet hat.

Schließlich waren es eben nicht nur die grauenvollen Ereignisse im Nahen Osten, die unsere jüdischen Geschwister hierzulande zutiefst erschüttert haben, sondern auch der Mangel an Anteilnahme und Empathie in ihrer Heimat Deutschland. Spätestens in diesen Monaten lässt sich konstatieren, dass wir von einer Überwindung antisemitischer Haltungen in unserem Land weit entfernt sind. Es ist kein neues Phänomen, das an Lautstärke gewinnt, sondern der alte Ungeist, der offensichtlich nie verschwunden ist und dafür sorgt, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Kinder in stacheldrahtbewehrte Schulen schicken müssen und es kaum wagen, sich mit Kippa in der Öffentlichkeit zu zeigen. Es ist auch an uns, das nicht achselzuckend als gegeben hinzunehmen, sondern darin einen Angriff auf Menschenwürde und Demokratie zu sehen und es auch als solchen zu benennen. Aus christlicher Sicht ist Antisemitismus Gotteslästerung, wie es auch die EKD-Synode auf ihrer Herbstsynode festgehalten hat (<https://www.ekd.de/beschluss-zu-antisemitismus-ist-gotteslasterung-82383.htm>) und uns alle auffordert, an je unserer Stelle mit je unseren Möglichkeiten klar Haltung zu zeigen. Dies gilt in Hinblick auf all die, die ein Recht haben, in diesem Land sicher zu leben. Es gilt auch in Hinblick auf das Existenzrecht des Staates Israel, hinter das wir uns als Evangelische Kirche mit großer Deutlichkeit stellen.

Dennoch lässt freilich auch die humanitäre Situation im Gaza-Streifen niemanden kalt. In diesen Tagen war ich zu Besuch in der Ökumenischen Hochschulgemeinde Kaiserslautern und hatte Gelegenheit, mit einem palästinensischen Studenten zu sprechen. Ganz klar geht es ihm nicht um eine Bagatellisierung von Hamas-Gräueltaten und nicht um eine Infragestellung des Staates Israel. Ihm geht es um seine Familie, der es an Wasser und Lebensmitteln fehlt. Menschen wie er erinnern daran, wo unser Platz als christliche Kirche ist: immer an der Seite der Opfer. Auf welcher Seite auch immer. An der Seite der Menschen, die keine

Verantwortung für Gewalt tragen, aber deren Leidtragende sind. Natürlich wünscht sich der junge Palästinenser, dass wir in diesem Konflikt politisch parteilich sind. Aber das ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, parteilich zu sein für die, die auf beiden Seiten leiden, jedwede Initiative zu unterstützen, die Frieden im Sinn hat, immer wieder davon zu reden, dass Gewalt nicht als Mittel der Politik taugt, immer wieder Menschenwürde und Menschenrechte und christliche Friedenshoffnung hochzuhalten.

So wie es in diesem Ostergebet, das Monsignore William Shomali vom Lateinischen Patriarchat von Jerusalem im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen in eindringlichen Worten formuliert ist:

*Gott, unser Herr, Quelle des Mitgefühls und der Versöhnung,
durch die rettende Kraft des Todes und der Auferstehung Deines Sohnes Jesus Christus
hast Du beschlossen, die Menschheit aus dem Teufelskreis
von Hass, Gewalt und Tod zu retten.*

*Gieß Deine Kraft aus über alle Deine Kinder im Nahen Osten:
Juden, Muslime und Christen, Palästinenser und Israelis.*

*Mögen Schwerter zu Pflugscharen werden, Angst zu Vertrauen,
Verzweiflung zu Hoffnung, Unterdrückung zu Freiheit,
Hunger zu Wohlstand, Bedrückung zu Befreiung,
damit Frieden und Gerechtigkeit von allen erlebt werden.*

*Wir beten für Jerusalem und seine Bewohner, damit es eine Stadt wird,
in der Israelis und Palästinenser in Sicherheit leben und sich für das Wohl aller einsetzen.
Mach in diesem Bemühen uns alle zu Agenten und Vermittlerinnen Deines Friedens, oh Gott.
Mögen wir gemeinsam mit allen Menschen guten Willens vor den Toren Jerusalems unser
eindringliches Gebet zum Himmel schicken: „Friede sei in deinen Mauern. Friede sei in dir.
(Psalm 122,7)*

2. Blick in die Gesellschaft: Grundgesetz, Menschenwürde, Demokratie, Gesprächskultur

Am 23. Mai feierte unser Grundgesetz seinen 75. Geburtstag. Von den vielen Vätern und den wenigen Müttern als Provisorium gedacht, um Stabilität in das nun geteilte Nachkriegsdeutschland zu bringen. Nicht umsonst heißt es: Nichts ist haltbarer als ein Provisorium. Offensichtlich taugt das Grundgesetz nach wie vor als rechtliche Grundlage für unseren Staat, für unsere Gesellschaft. Und ganz sicher hat das etwas mit dem Artikel zu tun, der alle anderen anführt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. In unseren Ohren klingt dieser Satz so selbstverständlich, so durchbuchstabierbar in alle Lebenslagen. Der Blick in andere Länder und Nationen lehrt anderes. Noch einmal beziehe ich mich auf meinen Besuch in der Ökumenischen Hochschulgemeinde Kaiserslautern, wo eine Studentin aus Kamerun sehr klug feststellt, dass sich sehr Verschiedenes darunter vorstellen lässt. Dass in ihrem Land Frauen anders behandelt werden als Männer, ihnen eine geringere Würde zuerkannt wird. Und natürlich erinnere ich mich an die letzte Besucherin aus unserer Partnerkirche in Papua, die eindrücklich zu schildern vermag, wie wenig die Würde ihrer Landsleute zählt, wenn es um wirtschaftliche Interessen und ethnische Konflikte geht.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist eben keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Errungenschaft und eine Aufgabe, die es immer wieder einzulösen gilt. 79 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus erinnern wir uns daran, dass auch in unserem Land Menschenwürde keinen Pfifferling wert war, dass man Menschen ihre Menschlichkeit abgesprochen hat und ihnen zu Millionen das Leben genommen hat. Menschen wurden erniedrigt, gedemütigt, gequält, gebrochen, ermordet. Das System gab sein Schlimmstes, um Menschen zu entwürdigen. Und doch bin ich der festen Überzeugung, dass gerade jenen die letzte Würde nicht genommen wurde. Und natürlich denke ich dabei an die Passionsgeschichte, wo weder eine Dornenkrone noch der Spott der Menschen noch ein Hinrichtungs-Instrument dem Menschensohn und Gotteskind seine Würde letztlich nehmen konnten. Sein Kreuz ist unser Zeichen für eine Würde, die unantastbar ist.

Weil sie uns wesentlich ist. Keine Lebensumstände können Menschen letztlich die Würde nehmen, auch wenn sie noch so würdelos wirken, auch wenn Menschen selbst ihre Würde

nicht mehr erkennen, auch wenn sie entwürdigend behandelt werden. Gleichzeitig ist die Menschenwürde Postulat, stellt Artikel 1 GG nicht nur etwas fest, sondern setzt auch einen gesellschaftlichen Maßstab. Wir sollen eine Gesellschaft sein, in der die Menschenwürde oberstes Gut ist, an dem sich politisches und individuelles Handeln orientiert. In der allen Würde etwas bedeutet, in der man einander mit Achtung begegnet und sich gegenseitig als das respektiert, was man ist: ein Mensch unter Menschen mit einem Recht auf im wahrsten Sinne des Wortes menschenwürdiges Leben. Als Christinnen und Christen glauben und bekennen wir, dass Gott alle Menschen zu seinem Ebenbild erschaffen hat. Ebenbilder verschiedener Klassen sind nicht zu rechtfertigen. Rasse, Kultur, Nationalität, religiöse Zugehörigkeit, geschlechtliche Orientierung unterscheiden uns in der Art, wie wir leben, aber nicht in der Würde. Und das ist so:

Würde ist kein Konjunktiv.

Sie ist unantastbar.

Kann nicht genommen werden.

Ist ein Indikativ.

Ohne Wenn und Aber.

Jeder Mensch hat Würde.

Basta.

Würde ist kein Konjunktiv.

Das würde nicht am Anfang stehen.

Das steht am Anfang jeder Diskussion.

Um Geflüchtete.

Um soziale Gerechtigkeit.

Um Krieg und Frieden.

Um Bildungsangebote.

Um Pflegesysteme.

Um Menschen.

Mit Würde.

Unantastbar.

*Würde ist kein Konjunktiv.
Würden wir das so sehen,
wäre es schlecht bestellt
um unseren christlichen Glauben,
um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt,
um unsere Demokratie und den Sozialstaat.
Das alles ist antastbar.
Die Würde ist es nicht.
Ist es nicht.
Indikativ.*

*Würde ist kein Konjunktiv.
Deshalb keine Konjunktive,
wenn es um die Würde geht.
Weniger müsste, könnte, sollte.
Mehr muss, kann, soll.
Leben im Indikativ.
Für die Würde im Indikativ.
Das wäre was.
Wenn es nicht wäre, sondern ist.*

Weil Würde kein Konjunktiv ist.

Insofern ist es nur konsequent, wenn wir uns als christliche Kirchen in großer Geschlossenheit gegen alle politischen Strömungen positionieren, die Menschen unterschiedliche Dignität geben. Es ist ein Irrglaube, dass nationale Identität Garant für gute Zukunft ist. Es ist ein Irrglaube, dass es denen, die jetzt Angst um ihre Existenz haben, besser geht, wenn nur die weg sind, die „nicht zu uns gehören“. Wer auch immer „wir“ sind. „Wir“ sind doch längst eine bunte Gesellschaft, die ihre wirtschaftliche Stärke gerade auf der Integration von Menschen aus anderen Herkunftsländern aufgebaut hat. Die deutsche Gesellschaft hat über Jahrzehnte so sehr davon profitiert, dass sie sich geöffnet hat für Diversität. Wer kann ernsthaft einen Rollback wollen? Die deutsche Politik hat über

Jahrzehnte maßgeblich mitgewirkt an einem starken Europa, das die „alte Welt“ mitspielen lässt im Konzert der Großmächte. Wer kann ernsthaft glauben, dass in einer globalisierten Welt das Heil in europäischer Kleinstaaterei liegt?

Und all diese politischen Erwägungen überlasse ich gerne anderen, die sich berufener fühlen mögen als ich, die weltpolitische Großwetterlage zu analysieren, zu bewerten und daraus ihre Schlüsse zu ziehen. Aber ich für mein Teil werde am kommenden Sonntag unruhig sein und mir die Hoffnung erlauben, dass eben nicht die reüssieren, die mit der Angst arbeiten, Menschenwürde klassifizieren wollen, Augenwischerei mit einfachen Antworten treiben und sich vor Lösungen auf die komplexen Fragestellungen unserer Zeit drücken. Bleibt stehen! Haltet aus! Fürchtet euch nicht! Zeigt Vertrauen! Zeigt Euch! Dafür stehen die breiten Bündnisse, die sich in den letzten Monaten auch in unserer Region formiert haben, um für Demokratie und Menschenwürde, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und tolerante Gemeinschaft, für Diversität und den europäischen Gedanken aufzustehen. Das ist ein großes Hoffnungszeichen. Tausende sind auf die Straße gegangen und haben sichtbar gemacht, wofür sie stehen. Gemeinsam mit dem Bistum Speyer stehen auch wir als Landeskirche im Rahmen der Kampagne „Aufstehen für...“ öffentlich und sichtbar ein für die Werte, die aus unserer Sicht grundlegend für ein gelingendes Zusammenleben von Menschen sind. Wahrhaft sichtbar, wie es um unser aller Haltung steht, wird es aber an den Wahlurnen dieses Sonntags. Und gerade angesichts dessen, dass Demokratie auf dem Spiel steht, dass es um menschenwürdige Politik geht, um ein starkes und geeintes Europa ist meine erste Hoffnung die auf eine starke Wahlbeteiligung. Das Recht, wählen zu dürfen, ist ein bewährter Grundpfeiler von Demokratie. Wie schön wäre es, wenn nicht manipulative Tiktok-Videos und die Kommentar-Trolle in den sozialen Medien, sondern ernsthaft an Zukunft interessierte Wählerinnen und Wähler Verantwortung für das politische Klima übernehmen. Und damit den Trollen den Kampf ansagen.

Die Trolle sind längst keine Randerscheinung mehr. Sie sind Instrument von Meinungsmache und gewinnen an destruktiver Dominanz. Sie tun es im digitalen und im analogen Raum. Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung ist uns an prominenter Stelle im Grundgesetz verbrieft (Art. 5 GG). Das schließt aber nicht ein, sich in verletzender, herabwürdigender, respektloser Weise über und gegenüber Menschen zu äußern. Besonders in den sozialen

Medien, aber nicht nur dort ist mittlerweile der Ton so rau geworden, geht es so gar nicht mehr sachlich zu, werden keinerlei Diskursräume mehr eröffnet, sondern nur noch Empörung zelebriert und die eigene Meinung verabsolutiert. Die komplexen Fragestellungen, die unsere Zeit mit sich bringt, erfordern eigentlich Freiheit im Denken, konstruktive Kritikfähigkeit, Kompromissbereitschaft, Mut zu Entscheidungen, auch den Mut zum Irrtum. Diese Kultur wird unterlaufen durch die Sorge, den nächsten Shitstorm auf sich zu ziehen, als Person am Pranger zu stehen und unter Umständen um die eigene Sicherheit fürchten zu müssen. Die jüngsten Attacken gegenüber Politikerinnen und Politikern sind ein neuer hässlicher Meilenstein in einer schleichenden Klimaveränderung, die den gesellschaftlichen Frieden unterhöhlt.

Hier sehe ich uns als Kirche in doppelter Verantwortung. Zum einen wäre es wünschenswert, wenn in unseren eigenen Reihen eine achtungsvolle Gesprächskultur den Vorrang hätte vor einer Empörungstonalität, die mit Kirchenaustritt droht, wenn es nicht exakt nach den eigenen Vorstellungen läuft. Auch wir als Kirche stehen vor komplexen, heiklen und angstbesetzten Entscheidungen, die wir nur angemessen treffen können, wenn sie angemessen diskutiert werden dürfen. Bei allem Respekt vor emotionalen Reaktionen, die ja aus innerer Beteiligung resultieren, macht trotz und alledem der Ton die Musik. Nur, wenn wir auf unsere eigene Gesprächskultur achten und uns fähig erweisen, kontrovers und in gegenseitiger Achtung zu diskutieren, werden wir auch der Verantwortung gerecht werden, die wir der Gesellschaft gegenüber haben: zu zeigen, dass es auch anders geht. Dass eben nicht die Trolle Ausweis demokratischer Gesprächskultur sind, sondern diejenigen, die sich in Achtung auseinandersetzen wollen. Gewalt beginnt bei der Sprache. Und sie ist keine quantité négligeable.

3. Blick in die Kirche: ForuM-Studie, Beteiligungsforum, Schutzprozesse, Haltung

Dass Gewalt bei der Sprache beginnt, wieviel Gewalt in Sprachlosigkeit liegt, wieviel verbale, psychische und physische Gewalt Menschen im Raum von Kirche und Diakonie erleiden mussten und welche Hypothek das für uns als Kirche ist, hat uns spätestens die ForuM-Studie gezeigt, die Ende Januar veröffentlicht wurde. Vor fast zwei Jahren wurde ich von der Kirchenkonferenz, der Versammlung leitender Geistlicher und Juristen der EKD, als eine der

kirchlichen Beauftragten in das so genannte „Beteiligungsforum“ entsandt und arbeite derzeit als Sprecherin mit. In dieser Funktion war ich bei der Präsentation der Forschungsergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz in Hannover wie auch bei dem anschließenden Fachtag dabei. In den verschiedenen Gesprächen mit Medienvertreter*innen wurde ich immer wieder gefragt, ob mich die Ergebnisse der Studie überraschen. Nein, das tun sie nicht.

Längst hätte uns allen klar sein können, dass die Untaten sexualisierter Gewalt eben nicht nur woanders stattfinden, sondern auch in unseren Reihen geschehen konnten und können. Es nun schwarz auf weiß auf rund 870 Seiten zu lesen, ist nicht überraschend, aber natürlich berührend, erschütternd, ernüchternd, beschämend. Dass sexualisierte Gewalt ein Thema ist, das es auch in unserer katholischen Schwesterkirche gibt, dass es ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist, ändert nichts, aber auch gar nichts daran, dass uns zunächst und mit voller Aufmerksamkeit unsere eigene Haustür zu interessieren hat. In unserer Kirche ist Unrecht geschehen, wurde Menschen Gewalt angetan. In unserer Kirche wurde Menschen kein Gehör geschenkt, die Glaubwürdigkeit abgesprochen. In unserer Kirche wurde Liebe pervertiert und der Jesus mit Füßen getreten, der uns an die Seite der Schwachen, Ohnmächtigen und Gepeinigten schickt. Dort hätten wir sein sollen, aber viel zu oft waren wir bei uns, bei der Institution, beim guten Ruf, beim Wegschauen, beim Fingerzeig auf andere, beim Nichtwissen-Wollen und Nichtsehen-Wollen. Und auch Nichts-tun-Wollen.

Mag sein, dass die systemischen und strukturellen Voraussetzungen in unserer Kirche andere sind als in der katholischen Kirche. Aber auch wir haben offensichtlich Rahmenbedingungen, die Täter und Täterinnen ausgenutzt haben, um zu manipulieren, Macht zu missbrauchen, Körpern und Seelen Schaden zuzufügen. Nach zwei Jahren intensiven Kontaktes mit betroffenen Personen kenne ich so viele Geschichten, habe unendlich viel gelernt über Trauma und Traumafolgen, über die Schwierigkeiten sensiblen Umgangs bis hin zu sensibler Sprache. Und leider auch über meine Kirche. Nun eben nicht zuletzt durch die Ergebnisse der ForuM-Studie.

Für die ich dankbar bin. In aller Klarheit. Wir wollten diese Studie, haben sie auf Ebene der EKD Ende 2018 beschlossen und auf den Weg gebracht. Weil wir sehen, hören, wissen

wollten, wie es um uns bestellt ist in Sachen „sexualisierte Gewalt“. Zu keinem Zeitpunkt war davon auszugehen, dass wir Dinge hören werden, die uns beruhigen und entwarnen und gut dastehen lassen. Wer das von dieser Studie erwartet hat, hat sich genau in der Sicherheit gewiegt, die uns die Studie als Kardinalfehler ins Stammbuch schreibt. Mit dem Narrativ der „besseren Kirche“, in der gerade wegen ihrer Liberalität und Progressivität sexualisierte Gewalt nicht vorstellbar ist, hat die Studie nachhaltig aufgeräumt. Verwiesen sei zum Beispiel auf die Tatkontexte, in denen es um charismatische und „progressive“ Personen geht, die als Täter asymmetrische Machtstrukturen für ihre schändlichen Zwecke ausnutzten und die von einer hässlichen Glocke der Mitwisserschaft und des Schweigens und der Vertuschung gedeckt wurden.

Denn genauso bedrückend wie die Taten selbst ist ausweislich der Studie der Umgang der Institution mit betroffenen Personen. Gerade in einer Kirche, die sich „protestantisch“ nennt und etwas auf ihre ehrliche Diskursfähigkeit hält, waren es oberflächliches Harmoniebedürfnis, als Geschwisterlichkeit getarnte Seilschaften und ein zutiefst pervertiertes Vergebungverständnis, die betroffene Personen erneut traumatisierten. Man stelle sich das einmal vor: Mir geschieht klar ein Unrecht, ich werde verletzt. Ich fasse mir ein Herz und bringe das vor, suche nach Hilfe und Unterstützung. Und stoße auf taube Ohren, auf bagatellisierendes Verhalten und theologische Beschwichtigungen, auf die Mühlen der Bürokratie, auf eine Mauer des Schweigens, auf die Macht der Institution - und bin draußen. Nicht der, der mir das angetan hat, sondern ich bin außen vor. Nicht nur kurz, sondern für Jahrzehnte. Unter Umständen für ein ganzes Leben. Das ist das, was betroffene Personen aus dem Bereich verfasster Kirche und aus dem Bereich Diakonie berichten. Die als Heimkinder schlimmsten Missbrauch erlebt haben und auf ihre alten Tage auf Gerechtigkeit hoffen. Wer die Tränen eines über 80jährigen Mannes erlebt, der in der Begegnung mit seiner Kindheit wieder zum geschändeten Kind wird, wird nicht mehr seine kirchlichen Wunden lecken, sondern den Blick dahin richten, wo er hingehört: zu den Betroffenen. Und das ist das wichtigste Ergebnis der ForuM-Studie. Unser Blick gehört dahin, wo es wehtut. Wo wir wehgetan haben. Wo Menschen sich auf uns verlassen haben und verraten wurden. Wo wir als Institution unsere eigenen Grundlagen und Werte verraten haben.

Zwischenruf eines Betroffenen

Reiß die Augen auf, endlich!

Damit du sie nicht mehr verschließen kannst

vor dem Schmerz,

vor der Verlorenheit,

vor der Gottverlassenheit

derer, die dir anvertraut waren.

Reiß die Augen auf, endlich!

Damit du nicht mehr wegsehen kannst

von der Gewalt,

von dem Schweigen,

von der Gottlosigkeit

derer, die in deinen Reihen sind.

Reiß die Augen auf, endlich!

Damit du siehst!

Jeder Reflex nach der ForuM-Studie eines „Ja aber“, eines weiteren Wegsehens, eines innerkirchlichen Zeigefingers, einer selbstberuhigenden Schuldzuweisung, einer irrigen Hoffnung auf die Verantwortung anderer, einer wie auch immer gearteten Erledigungs-Apologik ist schlicht fehl am Platz und bestätigt nur das, was die ForuMs-Forschenden konstatieren: Das Thema „sexualisierte Gewalt“ ist ein Kernthema und ein Kernproblem kirchlichen Denkens, Handelns und Seins. Und es betrifft alle. Ausnahmslos alle. Es ist kein Thema, das sich kirchenleitend „erledigen“ und „abarbeiten“ lässt. Es gehört in jede Kindertagesstätte, auf jede Jugendfreizeit, in jedes Presbyterium, in die Ausbildung unserer Mitarbeitenden, in die Angebote für unsere Ehrenamtlichen, in die kirchenmusikalische Arbeit, auch auf diese Synode. In jedes Arbeitsfeld, in dem Menschen mit Menschen zu tun haben. Es gehört auf den Tisch. In die Ohren. In die Herzen. Überall. Es lässt sich nicht delegieren. Bitte nicht. Weil das genau das wäre, was nach der ForuM-Studie nicht mehr sein darf: Es wäre ein weiterer Verrat an all den betroffenen Menschen, die jetzt so viel Hoffnung und Erwartung haben, dass ein Ruck durch unsere Reihen geht, dass sich etwas ändert, dass

sich für sie etwas ändert. Sichtbar. In verschiedener Hinsicht. Und dazu gibt die ForuM-Studie genauer Auskunft:

Der Start der wissenschaftlichen Arbeit war zu Beginn 2021, die Studie selbst auf drei Jahre ausgelegt. In fünf Teilprojekten wurde von einem Forschendenverbund verschiedener Universitäten und Hochschulen das Thema „sexualisierte Gewalt in Kirche und Diakonie“ aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. So ging es zum Beispiel um die Frage, ob die politischen Rahmenbedingungen in West- und Ostdeutschland zu unterschiedlichen Phänomenen geführt haben. Es wurde die bisherige Praxis der Aufarbeitung unter die Lupe genommen wie auch die Erfahrungen betroffener Menschen in Hinblick auf Tatkontexte und auf die Strukturen in Kirche und Diakonie. Und natürlich widmete sich ein Teilprojekt der Frage nach den Kennzahlen. Zusammenfassend lässt sich zu den Tatkontexten sagen, dass sexualisierte Gewalt in höchst unterschiedlichen Konstellationen stattgefunden hat, so dass sich das Thema nun eben nicht auf bestimmte Kontexte reduzieren lässt. Mindestens so schwer wie die Tat selbst wiegen die gesundheitlichen, emotionalen und sozialen Folgen, die das Leben Betroffener in hohem Maße prägen und gelingendes Leben zum Teil kaum mehr möglich machen.

Taten waren möglich, weil junge Menschen eine intensive Bindung zur evangelischen Kirche suchten, die von Tätern mit verlockenden emotionalen, sozialen und spirituellen Angebote ausgenutzt wurden. Die Täter selbst waren oft „charismatische“ Persönlichkeiten mit hohem Beliebtheitsgrad und öffentlicher Reputation, die ihren seelsorglichen Vertrauensstatus wie auch institutionelle Diffusitäten für ihre Zwecke ausnutzten. Ein verschobenes und verschrobenes Seelsorgeverständnis, die von außen zugetraute und zugemutete besondere Stellung des Pfarrers, ein daraus resultierendes asymmetrisches Machtverhältnis und manipulatives Geschick zogen Kinder und Jugendliche in den Bann von Tätern, dem sie sich nur schwer entziehen konnte. Wer das tat und sich an Dritte wandte, erntete oft Ablehnung, erlebte, dass ihm die Glaubwürdigkeit abgesprochen, dass er als „Nestbeschmutzer“ behandelt wurde. Gerade Personen, die als Kinder in Heimen Gewalt erlebt haben, wurden als „Lügner“ dargestellt, ernteten Ohrfeigen und wurden wieder zurück in die für sie unerträgliche Situation geschickt. Betroffene berichten, dass sie auch als Erwachsene nach wie vor nicht auf offene Ohren und Parteilichkeit für ihre Situation bei Vertreterinnen und

Vertretern der Institution stießen, sondern auf Parteilichkeit für die Institution, deren Schutz mehr galt als der Schutz der Person.

Bestenfalls wurden die Fälle als individuelle Situationen behandelt, eine Anfrage an die Institution an sich und ihre Strukturen wurde nicht gestellt. Betroffene Personen fühlten sich entweder ignoriert oder ausgesessen oder abgehandelt, aber nicht wahrgenommen – und schon gar nicht, wenn sie im Ton zornig oder fordernd auftraten. Oft spielte der Begriff der „Vergebung“ eine Rolle, die betroffene Personen den Tätern zukommen lassen sollten, weil das „christlich“ sei – von Reue der Täter oder nachhaltigen Konsequenzen für die Täter spürten die betroffenen Personen in aller Regel wenig bis nichts und wurden auch nicht informiert über den Umgang der Institution mit den Tätern. Dieses Gefühl erneuten Ausgeliefertseins, erneuter Ohnmacht, erneuten Im-Stich-gelassen-Werdens erlebten viele betroffene Personen als erneut traumatisierend. Alles in allem konstatiert die ForuM-Studie, dass die Ergebnisse mit verschiedenen Narrativen der letzten Jahrzehnte aufräumen, wie zum Beispiel, dass über die Jahrzehnte angemessen mit dem Thema umgegangen wurde, dass es sich nur um punktuelle und regional eingrenzbare „Hotspots“ dreht, dass sich das Phänomen „sexualisierte Gewalt“ auf die 50er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts eingrenzen lässt und dass die Fallhäufigkeit gerade im Vergleich mit der katholischen Schwesterkirche signifikant niedriger liegt. Das ist nicht der Fall.

Wie hoch tatsächlich die Fallzahlen sind, bleibt offen. Das hat mehrere Gründe: Bisher gibt es keine aussagekräftige Dunkelfeldstudie, die auch nur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sinnvoll ist. Dann hat auch die ForuM-Studie bestimmte einschränkende Parameter angelegt wie die Eingrenzung auf sexualisierte Gewalt von Erwachsenen an Minderjährigen, weshalb alle Verdachtsfälle und Taten von Erwachsenen an Erwachsenen und von Minderjährigen an Minderjährigen in den Ergebnissen außen vor sind. Und schließlich wissen wir, dass eine Gesamtschau der kompletten Aktenlage weitere Fälle ans Tageslicht bringen kann. Gerade diese Tatsache hat in der innerkirchlichen, wie außerkirchlichen Öffentlichkeit für erhebliche Irritationen gesorgt, weil die Darstellung aus den Reihen der Forschenden nahelegt, dass die Landeskirchen zumindest fahrlässig bzw. säumig waren in der Zulieferung des geforderten Aktenmaterials. Richtig ist, dass auf dem Weg der Studie das Forschungsdesign verändert wurde und man sich aus Zeitgründen auf Sichtung der Disziplinarakten statt auf

repräsentative Stichproben aus dem Personalaktenbestand verständigt hat. Dieser Anforderung sind wir als Landeskirche zuverlässig und pünktlich nachgekommen, indem wir alle Disziplinarakten gesichtet und berichtet haben. Darüber hinaus haben wir zusätzlich zunächst stichprobenartig 368 Personalakten unter die Lupe genommen haben, die keinen weiteren Befund erbrachten. Die berechnete Mutmaßung der Forschenden geht nun dennoch dahin, dass bei Sichtung aller Personalakten die Kennzahl der Fälle noch einmal deutlich nach oben korrigiert werden muss, weshalb von der „Spitze der Spitze des Eisbergs“ die Rede war und ist.

Diese „Spitze der Spitze“ ergab nach Ausfüllen eines über hundert Seiten umfassenden Fragebogens zum Umgang der Landeskirchen mit Hinweisen auf sexualisierte Gewalt, Präventionsmaßnahmen, Schulungen, Fort- und Weiterbildungen, Kennzahlen zu „bekannten Fällen“ (Teilschritt 1) sowie der Sichtung der „bekannten Fälle“ und der Disziplinarakten mit einem weiteren Erfassungsbogen (Teilschritt 2) die Zahl von 2.225 Fällen und 1.259 Beschuldigten. Im Unterschied zur so genannten „MHG-Studie“ der katholischen Kirche ging es in unserem Fall nicht nur um das Pfarrpersonal, sondern um alle haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden in Landeskirchen und diakonischen Einrichtungen. Nach Teilschritt 1 sind 19 Prozent der Täter Pfarrpersonen. Weitere Täter*innen kommen aus dem Bereich der Gemeindepädagogik und des Ehrenamtes. Die Mehrheit von 62,2 Prozent ermittelt die Studie aus dem Bereich der weiteren beruflich Mitarbeitenden. Die Täter sind mehrheitlich männlich, oft verheiratet und fast die Hälfte davon sind Mehrfachtäter.

Natürlich ist davon auszugehen, dass die Realität noch deutlich schlimmer ist als das, was die Studie nun an Fakten ermittelt hat, und natürlich ist die berechnete Erwartung, dies nun nicht im Raum stehen zu lassen, sondern weiter daran zu arbeiten, aus Dunkel- und Grauzonen Hellfelder werden zu lassen. Sehr deutlich markiert die ForuM-Studie, dass sie nun eben kein Endpunkt von Erkenntnis ist, sondern bestenfalls ein Doppelpunkt. Es ist nun an uns, etwas daraus zu machen. Das betrifft die quantitativen Erkenntnisse, aber noch mehr die qualitativen, die so wertvoll sind, weil sie Betroffene zu Wort kommen lassen, ihrer Perspektive Raum geben. Die muss uns wichtig sein. Und sie stellt für unser Selbstverständnis als protestantische Kirche kein vorübergehendes Beben dar, sondern einen Erdbeben, bei

dem kaum ein Stein auf dem anderen bleibt und viele Selbstverständlichkeiten zu Staub zerfallen.

Wie reden wir zukünftig über Vergebung? Wie stellen wir sicher, dass Menschen sich bei uns sicher fühlen können? Wie gewinnen wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurück? Wie müssen wir sein, damit wir das einlösen, was wir denken zu sein? Wie gelingt es uns endlich, nicht mehr reflexartig die Institution zu schützen statt derer, die eigentlich schutzbedürftig und schützenswert sind? Wie können wir den Betroffenen unter die Augen treten mit unserer Schuld? Wie können wir Gott unter die Augen treten mit unserer Schuld? Wie gelingt es uns, trotz unserer föderalen Struktur zu einheitlichen Standards zu kommen, die für Betroffene etwas tun, das ihnen hilft? Es ist viel zu tun in Sachen Aufarbeitung, Intervention und Prävention. Wie gehen wir es richtig an?

Aus den Erfahrungen der letzten Monate sind mir ein paar Beobachtungen wichtig geworden, wie wir es nicht richtig angehen. Wir gehen es definitiv nicht richtig an, wenn wir wieder nur gebetsmühlenartig repetieren, was wir doch schon alles tun. Das gehört gesagt, weil es sachlich wichtig und richtig ist, aber nicht, um am Ende doch noch ein bisschen gut da zu stehen. Das haben die Betroffenen nicht verdient. Wir gehen es nicht richtig an, wenn wir den Schwarzen Peter von oben nach unten oder von unten nach oben oder von rechts nach links verschieben. Es ist nicht allein Versagen von Kirchenleitung, es ist nicht allein Versagen an der Basis, es ist nicht allein Versagen der anderen. Gegenseitige Empörung und Schuldzuweisungen sind so dermaßen fehl am Platz, weil sie weder Betroffenen helfen noch irgendetwas zum Besseren wenden. Das, was vor uns liegt, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen Ebenen von Kirche und Diakonie. Und es geht jedes Presbyterium, jedes Kita-Team, jedes Kindergottesdienstteam genauso an wie uns als Kirchenleitung. Und wir gehen es nicht richtig an, wenn wir entweder gar nichts tun oder hyperaktiv agieren. Sowohl das Aussitzen wie auch die Schnellschüsse tragen entweder nichts aus oder zu weiterer Ungerechtigkeit bei. Wir sind dran. Auf EKD-Ebene und auf Ebene unserer Landeskirche.

Auf EKD-Ebene hat sich das vorhin bereits genannte Beteiligungsforum sexualisierte Gewalt auf Ebene von EKD und Diakonie Deutschland gegründet. Dort arbeiten seit zwei Jahren

kirchliche Beauftragte und Betroffenenvertreter*innen zusammen und haben die klare und unmissverständliche Zusage aller entscheidenden Gremien wie Rat der EKD, Kirchenkonferenz und Synode der EKD, dass nichts, aber auch gar nichts entschieden wird an diesem Beteiligungsforum vorbei. Gerade die Betroffenenvertreter*innen spielen dort eine zentrale Rolle, nehmen ernsthaft Einfluss auf das, was beraten und beschlossen wird. Keine Entscheidung verlässt das Beteiligungsforum ohne eine doppelte Mehrheit bei Beauftragten und Betroffenenvertreter*innen. Auf dieser Ebene wurden bereits wertvolle Ergebnisse erzielt, die auch uns als Landeskirche beschäftigt haben oder beschäftigen werden – gerade wenn es darum geht, unter Wahrung des kirchlichen Föderalismus dennoch zu einheitlichen und verbindlichen Standards in allen Landeskirchen und Diakonischen Werken, in den Jugendverbänden und bei den freien diakonischen Trägern zu kommen.

Das betrifft zum Beispiel das Disziplinarrecht, aber auch die Anerkennungsverfahren und Anerkennungsleistungen, eine unabhängige Plattform zur Vernetzung betroffener Personen (BeNe), die in diesem Jahr online gehen wird, sowie die Einrichtung von Unabhängigen Regionalen Aufarbeitungskommissionen (URAKs), die auf Bundesebene letzten Jahres beschlossen wurde. Bei unserer letzten Zusammenkunft Ende Mai im Beteiligungsforum haben wir die Empfehlungen aus der ForuM-Studie in einen Maßnahmenplan „übersetzt“, der von einer grundlegenden Novellierung der Gewaltschutzrichtlinie bis hin zu sehr konkreten Vorschlägen gerade auch bezüglich Theologie und Gottesdienst, Fort- und Weiterbildung, flächendeckender Sensibilisierung und Unterstützungsangeboten für betroffene Personen reicht. Gerne gebe ich zu einzelnen Punkten weiter Auskunft, sofern Sie das wünschen und soweit das derzeit möglich ist. Eins kann ich aber aus voller Überzeugung sagen: Um jede Entscheidung wurde und wird konstruktiv gestritten, weil die Perspektiven eben unterschiedliche sind. Aber bei jeder einzelnen Entscheidung nehmen betroffene Personen Einfluss, sind mit ihrer Expertise unverzichtbar. So soll es sein, so muss es sein. Und ich bin überaus dankbar für alle betroffenen Personen, die sich für diese anstrengende und mühevollen und alles andere als applausbehaftete Arbeit zur Verfügung stellen.

Und natürlich hoffe ich für die Unabhängige Regionale Aufarbeitungskommission (URAK), die wir als pfälzische Landeskirche mit der badischen Kirche sowie unseren Diakonischen Werken gründen und die im Frühjahr 2025 ihre Arbeit aufnehmen soll, dass sich auch dafür

betroffene Personen finden, die uns helfen, gute Wege zu finden, um Betroffene zu ermutigen sich zu melden, ihre Geschichte zu erzählen und Unterstützung zu erhalten. Ein erster Schritt dahin ist ein weiteres „Forum für Betroffene“, das wir nach dem ersten im vergangenen Jahr nun am 16. Juni in Mannheim veranstalten. In der zweiten Jahreshälfte wird ein Workshop folgen, bei dem interessierte betroffene Personen mehr über die Arbeit in der Kommission erfahren. Und wir sind guter Dinge, dass dann zu Beginn des Jahres 2025 die Kommission mit zwei Vertreter*innen aus Kirche und Diakonie, drei Vertreter*innen mit juristischer oder therapeutischer Expertise, die von den Landesregierungen benannt werden, sowie zwei Betroffenenvertreter*innen ihre Arbeit aufnimmt, um regionale Aufarbeitung entscheidend voranzutreiben.

Gleichzeitig legen wir als Landeskirche die Hände nicht in den Schoß. Das Thema liegt für uns seit 2010 obenauf mit Bettina Wilhelm als Beauftragter für dieses Thema. Seit 2011 führen wir Schulungen durch für alle, die mit Kindern und Jugendlichen beschäftigt sind, haben das Thema seit 2012 explizit im Verhaltenskodex der Evangelischen Jugend verankert und seit 2013 in drei Modulen in der Ausbildung unserer Vikarinnen und Vikare. 2019 wurde unsere Unabhängige Anerkennungskommission gegründet, bei der sich bisher zehn Personen gemeldet haben, neun Fälle wurden bereits bewilligt, einer ist in Bearbeitung.

Anerkennungsleistungen wurden zwischen 5.000 und 25.000 Euro gezahlt, bisher in einer Gesamthöhe von 97.000 (davon 87.000 durch die Unabhängige Anerkennungskommission und 10.000 Euro über das Ergänzende Hilffsystem – EHS). Bei unserer Ansprechstelle wurden seit ihrer Gründung 50 Verdachtsfälle gemeldet, davon haben sich 22 bestätigt. Nach Veröffentlichung der Studie gab es bei unserer Ansprechstelle eine weitere Person, die sich gemeldet hat. Die Bandbreite der Fälle bezieht sich auf die sehr weite Definition sexualisierter Gewalt, wie sie die Gewaltschutzrichtlinie der EKD vorsieht, die wir uns als Landeskirche 2020 im „Gesetz zum Schutz vor sexualisierter Gewalt“ zu eigen gemacht haben. Diese Definition geht weit über strafrechtliche Tatbestände hinaus und sieht sexualisierte Gewalt bereits im verbalen Bereich oder bei übergriffigem Verhalten.

Einher mit dem Gewaltschutzgesetz geht seit 2020 die Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die mit Einrichtungen und Gemeinden den Prozess der Schutzkonzeptentwicklung unternehmen. Derzeit haben wir einen Pool von 34

Multiplikator*innen, die mit Hilfe der zentral entwickelten Schulungsmaterialien von „hinschauen – helfen – handeln“ der EKD gemeinsam mit den vor Ort Agierenden Risikoanalysen, Rechtsgrundlagen, Leitbilder, Verhaltenskodizes, Interventionspläne, Beschwerdeverfahren im Rahmen eines Schutzprozesses erarbeiten und sich damit den Anforderungen aktueller Organisationsentwicklung stellen. Mit Ivonne Achtermann haben wir eine kompetente Mitarbeiterin in diesem Bereich, die Ihnen in einer Pause sicherlich gerne nähere Auskunft gibt. Zwischenzeitlich hat die Kirchenregierung eine weitere Stelle genehmigt, die es uns ermöglicht, nach den Kindertagesstätten nun forciert auch die Kirchengemeinden in den Blick zu nehmen. Bisher wurden 92 Kitas geschult, 15 weitere befinden sich im Prozess. Drei Kirchengemeinden haben sich auf den Weg gemacht, zwei weitere haben Interesse angemeldet, hier ist definitiv noch sehr viel zu tun. Die Evangelische Jugend beginnt eine umfassende Schulung im Herbst, um das bisherige Konzept zu überarbeiten. Auch unsere landeskirchliche Posaunenarbeit hat sich mit großem Ernst und Engagement des Themas angenommen und arbeitet an einem Verhaltenskodex und Leitbild unter dem Stichwort „Schützende Organisationskultur“.

Aus vielen Bereichen unserer Landeskirche kommt Interesse, aber aus vielen auch nicht. Deshalb noch einmal: Es gibt keinen Bereich, der von Haus aus „safe space“ ist. Wir müssen etwas dafür tun. Und wir müssen es an allen Stellen tun. Und alle müssen es tun. Es nützt nichts, wenn kirchenleitend ein Schutzkonzept entwickelt wird, das allen per Mail zugesandt wird und im Schrank verschwindet. Die Situationen sind viel zu unterschiedlich, und es geht um eine Haltung der Wachsamkeit und Sensibilität aller. Wie soll das zentral erledigt werden können? Bitte nehmen Sie das mit in Ihre Gemeinden und Kirchenbezirke, in Ihre diakonischen Zusammenhänge und übergemeindlichen Einrichtungen. Es geht nicht um eine neue Schikane, die von oben nach unten „abgedrückt“ wird. Wer das so sieht, hat noch immer nicht verstanden, worum es geht und um was es geht. Es geht darum, dass Menschen inmitten unserer Gemeinden, an der Orgelbank, bei der Konfirmandenfreizeit, in der Sakristei, in der Heimsituation, im Pfarrhaus, in diakonischen Einrichtungen Dinge erleben mussten, die niemand von Ihnen, niemand von uns erleben will. An uns ist es, dass es nicht mehr passiert. Und dass es ehrlich und transparent offengelegt wird, wenn es passiert. Alles andere ist nicht akzeptabel. Nicht weil es der Kirche Schaden zufügt, sondern weil Gotteskinder Schaden nehmen. Gottes Kinder. Ausrufezeichen.

4. Ausblick und Schlussfolgerungen

Sie sind unser Auftrag. Im Rahmen des Themas „sexualisierte Gewalt“, im Rahmen all dessen, was wir tun. Am Ende meines Berichtes richte ich noch in aller Kürze den Blick hin zu all den Prozessen und Projekten, die unter dem Stichwort „Transformation“ derzeit in unserer Landeskirche am Werden sind. Vieles davon wird uns unter anderen Tagesordnungspunkten beschäftigen. An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen, allen zu danken, die mit Realitätssinn und Gottvertrauen sich den Fragen der Zukunft stellen. Bleibt stehen! Haltet aus! Fürchtet euch nicht! Natürlich erlebe ich vielerorts Resignation, Ernüchterung, Enttäuschung, Erschöpfung. Keiner von uns weiß, ob wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen, die richtigen Weichen stellen für künftige Generationen, für eine zukünftige Kirche. Die nach uns werden es beurteilen können. Vielleicht werden sie manche Entscheidung von heute morgen kritisch sehen. Aber ganz sicher würden sie kritisch sehen, wenn wir keine Entscheidungen treffen. Natürlich verstehe ich die Angst, mit mutigen Wegen noch die zu vergrätzen, die sich heute zugehörig fühlen. Aber es ist dringend an der Zeit, die in den Blick zu nehmen, die sich längst vergrätzt fühlen und doch noch ansprechbar sind für das, was wir sind, für sie und mit ihnen sein können.

Die Tauffeste des letzten Sommers mit ihrer großartigen Resonanz waren wunderbar und ein gutes Beispiel dafür, dass wir Kirche sind, wenn wir es für andere sind. Das Philippus-Projekt hat dank Ihrer Entscheidung Fahrt aufgenommen und zeigt jetzt bereits in den Projektgemeinden, dass es eine gute Entscheidung ist, um Menschen das Gefühl zu geben, gesehen zu werden in ihrer Lebenswirklichkeit, auf individuellen Stationen ihrer „Lebensreise“. Und mit der Segensagentur haben Sie ein weiteres Projekt aus der Taufe gehoben, das wir nun personell besetzt haben mit Pfarrerin Diemut Meyer, die aus Bremen zu uns in die Pfalz gekommen ist und seit diesem Frühjahr ein Trauprojekt für den Bad Dürkheimer Wurstmarkt organisiert, das bereits in einigen Kirchenbezirken Kolleginnen und Kollegen ermutigt, in ihren jeweiligen Bezügen ähnliche Projekte zu veranstalten. Und die Menschen danken es, die Resonanz ist gut und entgegen der Erwartung vieler seelsorglich und liturgisch substantiell. Es geht auch anders. Und es wird weiterhin anders gehen. In gemeinsam verwalteten Pfarrämtern, in multiprofessionellen Teams, in funktional

umgestalteten Kirchenräumen, an Orten, an denen Menschen gerne sind und auf die Weises, die Menschen brauchen.

Ich will nichts schönreden, was nicht schön ist, aber auch nichts klein reden, was nicht klein ist. Es gehören großherzige und phantasievolle Menschen zu uns, die lebendig Glauben und Kirche leben wollen. Unsere Positionen und Haltungen sind nach wie vor gefragt in der Gesellschaft und wir werden als Partnerin gebraucht. Wir sind zu hören im Rundfunk, begleiten junge Menschen in Kita und Schule, sind an der Seite der Schwachen in unserer Diakonie und entdecken wenigstens ansatzweise die Chancen, die sich in der digitalen Welt bieten. Es könnte immer mehr sein, immer besser sein. Aber es ist auch nicht nichts und absolut kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Halten wir die Nase in den Wind und zeigen wir den Mut, den die Kinder Israel auf ihrem Weg durch die Wüste hatten. Voll Vertrauen auf ihren Gott haben sie ihre Krise, all ihre Krisen ausgehalten und durchgestanden. Und haben sich nicht gefürchtet. Weil eine Hoffnung in ihnen war. Weil es eben kein Zurück nach Ägypten, sondern nur ein Vorwärts in die Zukunft gab. Letztlich ist es nicht an uns, die Kirche zu retten oder das gelobte Land zu schaffen. Aber es ist an uns, an der Seite unseres Gottes durch die Zeit zu gehen, die Zeit zu prüfen und in der Zeit zu leben. Nicht als aus der Zeit Gefallene und nicht als aller Zeit voraus. Das müsste zu schaffen sein.

Und so ziehe ich meine vier Schlussfolgerungen, die Sie im Verlauf dieser Synode noch beschäftigen sollen:

1. Wir müssen uns ehrlich mit uns selbst beschäftigen, wenn es um das eigene Versagen geht, das Menschen hat leiden lassen, und wenn wir eine Kirche sein wollen, die Vertrauensraum und „safe space“ ist.
2. Wir haben uns an vielen Stellen zu wenig mit uns selbst beschäftigt, uns nicht genug hinterfragt, vieles als selbstverständlich hingenommen, kritische Stimmen ignoriert, uns auf Vergangenheit ausgerichtet.

3. Wir dürfen uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen, wenn wir dabei die Menschen aus dem Blick verlieren, die etwas von uns erhoffen, die sich gesehen und gehört fühlen, mit ihrer Meinung und Erwartung ernstgenommen werden wollen.
4. Wenn wir uns mit der Zukunft beschäftigen, wird es nicht gehen, ohne Komfortzonen zu verlassen, negative Stimmen in Kauf zu nehmen, Ängste auszuhalten, mit Fehlern und Irrtümern zu leben und viele unserer Reflexe zu hinterfragen.

„Mose sagte: Fürchtet euch nicht! Bleibt stehen und schaut zu, wie der Herr euch heute rettet.“ (Ex. 14,13)

Diese Schlussfolgerungen erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Genauso wenig wie der gesamte Bericht. Sie stehen in erster Linie unter dem Eindruck des Themas „sexualisierte Gewalt“, das nicht nur eine enorme Anfrage an Glaube und Kirche darstellt, sondern auch die Chance bietet, aufrichtiger, empathischer, sensibler und wahrhaftiger Kirche zu sein. Und das gelingt uns nur in Blick auf die Menschen, immer wieder in Blick auf die Menschen. Und auf unseren Gott, der uns rettet. Vielleicht nicht heute. Aber nach allem, was wir glauben, in Ewigkeit. Ich danke Ihnen.